

EIN NEUES WACHSTUMSPRECHEN UND SEINE KOSTEN

ZUR KRITIK VON BLUE ECONOMY
UND BLAUEM WACHSTUM



INTRO

Blue Economy findet statt. Marine Ressourcen werden seit Langem in Wert gesetzt und mit großer Systematik erschöpft. Etwa 30 Prozent der weltweiten Öl- und Gasförderung kommt aus dem Meer – der Anteil hat sich seit 2005 kaum verändert. Die weltweite Fangmenge an Fisch (ohne Aquakultur) stagniert ebenfalls unverändert seit Mitte der 1990er Jahre, auf hohem, nicht nachhaltigem Niveau. Massiv zugenommen haben die internationalen Frachtbewegungen über die Meere und der weltweite Meerestourismus, der Abbau von Sand und Kies aus dem Meer, sowie die weltweite Produktion von Offshore-Windkraft, die zwischen 2010 und 2020 Wachstumsraten von jährlich 30 Prozent aufwies.

Nur der letzte Faktor, die Expansion der Offshore-Windkraft, hat etwas zu tun mit der globalen Transformation zu Klimaneutralität und nachhaltigeren Wirtschaftsformen. Der Großteil der marinen Wirtschaftsbranchen ist nicht neu, nicht nachhaltig, und er übt einen unverändert hohen Druck auf das Ökosystem Meer aus. Ihr Beitrag zu Beschäftigung und lokaler Wertschöpfung ist dagegen ausnehmend niedrig: Der Fixkosten-Anteil ist hoch, die globale Verteilung von Umweltschädigungen und Profiten ist extrem ungleich. Die weltweiten Diskussionen um Blue Economy haben daran bislang nichts geändert. Eine nüchterne Bilanz der 10 Jahre, in denen Blue Economy und Blue Growth zu neuen globalen Leitbegriffen wurden, kann nicht anders als kritisch ausfallen. Eine Dynamik hin zu einer veränderten Umgangsweise mit marinen Ökosystemen blieb aus. Nicht-nachhaltige, teilweise neokoloniale Wirtschaftsweisen bilden unverändert das Rückgrat der marinen Wirtschaftsbranchen. Eine Reihe von neuen Entwicklungsversprechen, die im Zusammenhang mit Blue Economy angepriesen wurden, sind dagegen vorläufig gescheitert. Das gilt sowohl für die Hoffnungen einiger Inselstaaten, mit Lizenzen für Tiefseebergbau reich zu werden, als auch für die Finanzialisierung von Umweltressourcen über neue Finanzprodukte (Blue Bonds).

Die Grundkriterien für eine Green Economy: CO₂-arm, sozial inklusiv und ressourceneffizient, werden von den marinen Wirtschaftsbranchen in ihrer derzeitigen Form nicht erfüllt. Als Beitrag zur Lösung der Transformationsprobleme und für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise hat sich der Begriff der Blue Economy als untauglich erwiesen.

DIE NEUE VERHEISSUNG

Der Begriff Blue Economy hat sich seit 2012 etabliert. Im UN-Kontext war damit die verstärkte Einbeziehung der Meere in das Konzept der Grünen Ökonomie gemeint. 2012 veröffentlichte UNEP zusammen mit der FAO, der UNDESA und anderen den Report »Green Economy in a Blue World«. Darin hieß es: »A worldwide transition to a low-carbon, resource-efficient Green Economy will not be possible unless the seas and oceans are a key part of these urgently needed transformations«. Der Report entstand im Vorfeld der zweiten, in Rio im gleichen Jahr ausgerichteten Weltumweltkonferenz, die erstmals eingehender Aspekte des Meeresschutzes behandelte.

Vorangetrieben wurde der Begriff Blue Economy vor allem von der Gruppe der Insel- und Küstenstaaten, der Small Island Developing States (SIDS). Zu ihnen zählen 58 Länder – nicht alle vollständig dekolonisiert und 38 von ihnen Mitglied der UN. Die SIDS repräsentieren nur 0,8 Prozent der Weltbevölkerung, aber 20 Prozent der Stimmen in der UN-Vollversammlung. Die SIDS sind besonders existenziell von den Folgen des Klimawandels und der Meeresspiegelstörung betroffen: Steigender Meeresspiegel und zunehmende Stürme, Degradation von Riffen und Mangrovengebieten, Übersäuerung und Temperaturveränderung der Ozeane machen Küstenzonen und Inseln perspektivisch unbewohnbar. Sie bedrohen Existenzgrundlagen der Bevölkerung, die zu erheblichen Teilen subsistent und von handwerklicher Produktion lebt, namentlich der Fischerei. Die Vorstellung des Meeres als grundlegender Lebens- und Wirtschaftsraum, von dem das Land nur eine Verlängerung darstellt, ist in der kulturellen Tradition vieler SIDS stark verankert. Hinter und neben dieser existenziellen Dringlichkeit breitete sich aber auch im Kontext der SIDS eine Erwartungshaltung aus, von neuen Wachstumsmöglichkeiten einer Blue Economy profitieren zu können. Im »Blue Economy Concept Paper« der SIDS-Gruppe von 2014 werden darunter neben traditionellen Branchen wie Fischerei, Seehandel und Tourismus auch Offshore-Ölförderung, blaue Biotechnologie und Tiefseebergbau verstanden.

In die gleiche Richtung wies die 2012 erschienene, global sehr einflussreiche Mitteilung der EU-Kommission zum Blauen Wachstum (»Blue growth opportunities for marine and maritime sustainable growth«). Ein Bezug zur UN-Definition der Green Economy und ihren Kriterien fehlt hier

völlig. Blue Growth erscheint hier als ökonomisches Wachstumsversprechen, das alle auf den Wirtschaftsraum Meer bezogenen Branchen und Sektoren zusammenfasst.

Der wesentliche Grund, aus dem hier der Blue Economy besonders starke Wachstumschancen prophezeit werden, sind zunehmende Wachstumsprobleme an Land. Während sich Potenziale an Land erschöpfen oder ihre Inwertsetzung an Grenzen stößt, birgt das Meer unerschlossene Potentiale, deren Nutzung noch ansteht. Das ist die eigentliche Klammer der Blue Economy, wie sie hier skizziert wird. Der Zusammenhang zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist dagegen bestenfalls punktuell, wie bei der Offshore-Windkraft, aber keineswegs das Kriterium dafür, was zur Blue Economy zählt.

SÜDAFRIKA: OPERATION PHAKISA

In der Folge entstanden weltweit meerespolitische Strategiepapiere und nationale Initiativen zur Blue Economy. Neben den USA und China haben sich nach und nach viele Länder des globalen Südens dieser Dynamik angeschlossen. Dabei traten Nachhaltigkeits-Aspekte zunehmend in den Hintergrund oder wurden bestenfalls im Sinne eines räumlichen Nebeneinander von wirtschaftlicher Erschließung und zu deklarierenden Meeresschutzgebieten aufgerufen.

2014 entwickelte Südafrika die »Operation Phakisa«, ein Plan zur beschleunigten Inwertsetzung von Südafrikas marinen Ressourcen, der »zehnten Provinz« Südafrikas. »Phakisa« bedeutet auf Sesotho »Beschleunigung« oder »Tempo«. Vorbild war das malaysische Entwicklungsprojekt »Big Fast Results«; Operation Phakisa wurde zusammen mit Beratern von McKinsey und malaysischen Regierungsvertretern entwickelt. Vorangetrieben werden sollten die Offshore-Förderung von Öl und Gas, der Hafenausbau, industrielle Aquakultur und Meeresschutz-Strukturen. Bis 2017 wurden 15 Milliarden Rand (900 Millionen US-Dollar) an staatlichen Mitteln investiert.¹ Im Zentrum von Operation Phakisa steht der Ansatz der marinen Raumplanung [marine spatial planning], d.h. der räumlichen Aufteilung des Meeres nach Nutzungsarten. Auf der einen Seite sollen 22 neue marine Schutzgebiete deklariert werden. Auf der anderen Seite sollen 30 neue Öl- und Gasförderstätten im Meer etabliert werden. Das ist ein wesentliches Element

aller praktischen Ansätze von Blue Economy. Eine insgesamt deutlich erhöhte Umweltbelastung im Meer soll kompensiert werden durch die Ausweisung von Schutzzonen.

Protest gegen Operation Phakisa kommt insbesondere von Kleinfischer-Organisationen und lokalen Communities. Ihre Nutzungsrechte werden von beidem beschnitten: Von den geplanten Förderstätten ebenso wie von den geplanten Schutzgebieten. Der traditionelle Fischfang und die traditionelle lokale Ökonomie fallen bei der marinen Raumplanung durch.

PAPUA-NEUGUINEA: TIEFSEEERGBAU

Im Pazifik verband sich das Entwicklungsversprechen der Blue Economy stark mit der Perspektive des Tiefseebergbaus. Aufgrund ihrer ausgedehnten Ausschließlichen Wirtschaftszonen [AWZ] im Meer, die nicht unter das Reglement der Internationalen Meeresbodenbehörde fallen, konnten sich pazifische Inselstaaten als Pionierregionen für Tiefseebergbau anbieten. Auf diese Weise sollten Einnahmen durch Lizenzen erwirtschaftet werden, die an Privatunternehmen vergeben wurden, die in der AWZ Mineralien abbauen wollen. Zum Vorreiter wurde Papua-Neuguinea, das im Jahr 2011 die weltweit erste Abbaulizenz für Tiefseebergbau vergab: An Nautilus Minerals Ltd. für das Projekt »Solwara 1«, bei dem Papua-Neuguinea in eine Minderheitsbeteiligung investierte.

Auch hier handelt es sich um klassische Extraktionswirtschaft, mit der Papua-Neuguinea schon an Land schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Oberflächlich bediente die Agitation für den Tiefseebergbau einige vermeintlich ökologische Argumente, insbesondere wurde auf die weltweit steigende Nachfrage nach Seltenen Erden durch Digitalisierung verwiesen. In der Realität richtete sich der Abbau auf Gold und Kupfer, das aus dem Abbau von Massivsulfidkratern gewonnen werden sollte.²

Mit dem Bankrott von Nautilus Minerals im Jahr 2019 nahm die Aussicht auf staatliche Lizenz- und Beteiligungsgewinne ein jähes Ende. Papua-Neuguinea verlor etwa 120 Millionen US-Dollar an Einlagen und geleisteten Zuschüssen ersatzlos. Im Verlauf des Projekts war deutlich geworden, dass ein kostendeckender Betrieb der Tiefseemine angesichts der Kostenentwicklung nicht zu erreichen war.



Gegen den zunächst vor Madang und dann in 30 km Entfernung von der Küste New Irlands geplanten Tiefseebergbau in der Bismarcksee hatte sich zunehmender Widerstand entfaltet. Er ging zunächst von den betroffenen Küsten-Communities aus und weitete sich zu einer geschlossenen Ablehnung in der Zivilgesellschaft, maßgeblich auch der Kirchen. Befürchtet wurde, dass das Minenprojekt die Einkommens- und Ernährungsgrundlagen der lokalen Bevölkerung, vor allem die Fischerei, aber auch Tourismus, massiv beeinträchtigen würde.

MOZAMBIQUE: TUNA BONDS

Im Oktober 2018 gaben die Seychellen den ersten nationalen Blue Bonds aus. Die Anleihe, zu einem Drittel garantiert von der Weltbank, soll vor allem den Aufbau nachhaltiger Projekte der Blue Economy finanzieren. Der Zinssatz liegt bei 6,5 Prozent. Zwei Jahre vorher hatten die Seychellen ebenfalls ein neuartiges Finanzinstrument eingesetzt, einen Debt-for-nature-Swap. Die US-Naturschutzorganisation TNC [The Nature Conservation] hatte von internationalen Gläubigern einen Teil der Staatsschulden der Seychellen gekauft, mit einem Nachlass von 45 Prozent auf den nominalen Wert, da die Seychellen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. TNC vereinbarte mit den Seychellen einen niedrigeren Zinssatz gegen die Verpflichtung, dass die Seychellen die Differenz in den Schutz ihrer Meeresgebiete investieren.

Der Hype, den Blue Bonds und ähnliche Finanzprodukte auslösen, verdeckt leicht, dass es sich am Ende um eine Form der zusätzlichen Staatsverschuldung handelt, um Kredite, die genauso bedient



werden müssen wie andere auch. Der Kapitalzufluss, der nicht von internationalen Entwicklungsorganisationen kommen soll, sondern von privaten Anlegern, hat seinen Preis. Es müssen profitable Investments definiert werden.

Ein desaströser Vorläufer einer solchen verdeckten Staatsverschuldung war der Tuna-Bonds, den Mozambique 2013 ausgab. Formal war ein privates Unternehmen Ausgeber der Anleihe, das sich allerdings im vollständigen Besitz mehrerer Staatsunternehmen und Behörden befand: die eigens gegründete Fischereigesellschaft EMATUM. EMATUM sollte mit dem Geld Fangschiffe (und Patrouillenschiffe) kaufen und aus den erzielten Gewinnen den Kredit bedienen. Gestützt auf staatliche Garantien, wurden 2 Milliarden US-Dollar an Anlegerkapital eingesammelt, denen jährlich 8,5 Prozent Zinsen zugesichert wurden. Zwei Jahre später wurde deutlich, dass EMATUM niemals profitabel arbeiten würde und demnach die Schulden weder bedienen noch zurückzahlen könnte. In Folge dessen war die Regierung von Mozambique gezwungen, große Teile der Schulden staatlich zu übernehmen. Die Kreditwürdigkeit von Mozambique fiel dadurch ins Bodenlose, die Währung verlor an Wert, eine astronomische Inflationsrate verteuerte Waren des allgemeinen Grundbedarfs.³

Die Versprechen, dass Teile des Gewinns aus den Investments, die mit Blue Bonds finanziert werden, nachhaltigen Projekten zukommen soll, ändert nichts daran, dass dieser Gewinn nur zustande kommt, wenn sich die Investitionen auszahlen. Das ist meist nur zu erreichen, indem bisherige Commons privatisiert werden – beispielsweise, indem Kleinfischer von bisherigen Fanggründen ausgesperrt werden.



SENEGAL: RAUMNOT FÜR KLEINFISCHER

Es bedarf allerdings nicht unbedingt einer offiziellen Blue-Economy-Strategie, um Nutzungskonflikte zuzuspitzen und vor allem die Situation der Kleinfischerei zu unterminieren. Ein Beispiel ist die Entwicklung im Senegal. Zu den bekannten Problemen der Überfischung durch ausländische Trawler, die in internationalen Gewässern vor der Küste des Senegals fischen, tritt verstärkt der Raummangel für küstennahe Communities.

Der Klimawandel führt auch im Senegal zu steigenden Meeresspiegeln und zum Verlust von Küstenstreifen durch Stürme und Degradierung. Küsten-Communities und Klein-

fischer sehen sich dadurch gezwungen, weiter von der bisherigen Küste zurückzuweichen. Dem steht aber eine Verkehrsinfrastruktur entgegen, die parallel zur Küste ein Schnellstraßennetz aufgebaut hat. Ein weiteres Hindernis, woran häufig ein Ausweichen und eine Verlagerung sowohl entlang der Küste als auch zurück in flutsichere Gebiete scheitert, ist die Privatisierung weiter Teile der Küste durch Hotelanlagen oder Bauprojekte.

Auch die Afrikanische Union hat inzwischen eine Blue-Economy-Strategie aufgelegt. Sie folgt dem Standard-Modell. Ökonomisches Wachstum wird von profitablen Sektoren erwartet, die wenig mit nachhaltiger Entwicklung zu tun haben: Öl- und Gasförderung vor der Küste, Mineral-

»WIR MÜSSEN ZU KOOPERATIVEN LÖSUNGEN KOMMEN«

Ein Gespräch mit Professor Achim Schlüter über die Perspektiven der marinen Sozialwissenschaft, lokales Fischerei-Management, die Risiken der Blue Economy und lokale Lösungsstrategien

Was verstehen Sie unter Blue Economy und was macht die Auseinandersetzung mit ihr so wichtig für die Meerespolitik?

Ich habe darüber nachgedacht, ob Blue Economy - so in etwa wie Sustainability - ein Begriff sein könnte, unter dem wir uns alle einfinden könnten. Aber das trifft nicht den Punkt. Bei den Nachhaltigkeitszielen haben wir unterschiedliche Vorstellungen, aber letztlich geht es in eine ähnliche Richtung. Dagegen ist Blue Economy ein dichotomer Begriff. Da gibt es die einen, die in der Blue Economy das Wundermittel für eine nachhaltige Meerespolitik sehen, während für andere Blue Economy »the inclosure of the last commons« ist und die Voraussetzung für das schafft, was wir Ocean Grabbing nennen. In anderen Worten: Der Ozean wird mit den Mitteln der Marktwirtschaft erschlossen, alles wird zum Produkt und die Kapitalanforderungen steigen und schließen dadurch Akteure aus. Das ist heute die Realität. Wir dehnen unsere Aktivitäten immer weiter auf die Ozeane aus: Wir stellen Windräder auf. Wir bohren immer mehr Öl. Wir kommen auf die Idee, Ressourcen aus der Tiefsee zu holen. Da wollen Leute Geld verdienen. Viel Geld. Das ist der Antriebsmotor, Profit aus den Meeresressourcen zu schlagen. So entsteht ein Wildwuchs in einem Raum, den wir noch nicht reguliert haben. Zugleich müssen wir die Frage nach Umweltgerechtigkeit stellen.

Wie gehen Menschen damit um, die nicht die Macht haben, Regeln zu gestalten? Gerade an den Küsten prallen Arm und Reich aufeinander. Wie schaffen wir es einen Ausgleich zwischen privaten und öffentlichen Gütern herzustellen? Was für eine Art von Meeresnutzung wollen wir in der Zukunft betreiben? Diese Fragen beschäftigen mich. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als über Regeln nachzudenken, die das in halbwegs verträgliche Bahnen lenken und dass wir uns organisieren, so wie sich das ja auch Fair Oceans auf die Fahnen geschrieben hat.

Wie sieht aktuell das Management der Küstenzonen aus und welche Rolle spielen darin die lokalen Gemeinden?

Gehen wir zunächst in den Senegal und betrachten die handwerkliche Fischerei. Neben den von den Küstengemeinden eingerichteten lokalen Fischerausschüssen ist das wichtigste Organ, das für die Governance dieses wichtigen Teilssektors der Fischerei geschaffen wurde, der Rat für die lokale handwerkliche Fischerei [Conseil Local de Pêche Artisanale: CLPA]. Mich interessiert die Frage, ob eine von außen geschaffene Verwaltungsstruktur wie der CLPA tatsächlich vor Ort in den Gemeinden funktioniert. Das Modell wurde meines Wissens von der Weltbank damals Anfang der 2010-Jahre aufgebaut. Wie lässt sich das auf das lokale Fischerei-Management übertragen?

Ich glaube zutiefst an Selbstbestimmung und partizipative und dezentrale Formen des Fischerei-Management. Letztendlich bin ich fest davon überzeugt, dass die Menschen in Saint Louis im Norden des Senegal am besten wissen, wie sie den Fischerei-Sektor organisieren sollten. Es ist von außen schwer einzuschätzen, wer vor Ort die Macht hat und welche Triebkräfte wirken. Das sind oft traditionelle Steuerungsmechanismen. Da spielt der Islam eine ebenso wichtige Rolle wie der Einfluss der lokalen Leader und auch die Organisationsformen, in denen sich die Fischer seit Langem organisiert haben. Andererseits mischen seit einiger Zeit die Chinesen, die zunehmend in der Fischereiwirtschaft des Senegals aktiv sind, das traditionelle System auf. Plötzlich werden mit chinesischem Kapital neue Finanzierungsformen für den Betrieb von Pirogen gefunden und es entstehen überall Fischmehlfabriken, die die Ernährungssicherheit bedrohen.

Welche Erfahrungen haben Sie mit partizipativen Ansätzen gemacht?

Wir machen gerade eine Studie in Ghana »Diagnosing institutional change in coastal social-ecological systems in Ghana«. Darin untersucht der Wissenschaftler Hudu Banikoi, der Ghanaer ist, warum das Ko-Management im

marinen Bereich schiefgelaufen ist. Man hatte sich von diesem Ko-Management-Ansatz für die Verwaltung der Küstenfischerei und den Mangrovenschutz viel versprochen. Aber die Untersuchung zeigt, dass die Interaktionen zwischen den Beteiligten auf internationaler, überregionaler und lokaler Ebene problembehaftet waren. Über den Ko-Managementansatz werden Vorstellungen von Demokratie transportiert, die nichts damit zu tun haben, wie dort, z.B. bei den Ewe, das Gemeinwesen oder Entscheidungsprozesse in der Gesellschaft organisiert werden. Auch in Indonesien haben wir die Erfahrung gemacht, dass partizipative Modelle zwischen der Kleinfischerei und dem Staat nicht unbedingt erfolgreich sind. Normalerweise, denkt man, müsste es richtig gut funktionieren, wenn man die Rechte der lokalen Fischerei durch internationale Leitlinien stärkt. Die lokalen Fischer machen auf deren Basis einen Vertrag mit dem Staat und bestimmen, wie sie die Fischerei organisieren. Die Idee eines solchen Vertrages entspricht westlicher Denke und mag keinen »Institutional Fit« im Kontext haben.

Demgegenüber war es spannend zu sehen, dass dieselben Freiwilligen Leitlinien der FAO in Costa Rica durchaus positive Effekte für die Kleinfischerei hatten. Dort ging es um die Fischereiaktivitäten in marinen Schutzzonen am Golf von Nicoya, und es war offensichtlich, dass die Leitlinien eine immens wichtige Funktion in der Diskussion mit den staatlichen Vertretern hatten. Die Kleinfischer hatten etwas in der Hand, was der Staat nicht übergehen konnte und ihre Existenz zu sichern half.

Lassen sich im Kontext von Blue Economy und der starken Umweltbelastung der Ozeane grundsätzliche Lösungsansätze finden?

Aus meiner Perspektive würde ich sagen, dass wir uns konkret Gedanken darüber machen sollten, wie wir eigentlich mit dem Verlust umgehen? Mit dem Verlust von Biodiversität aber auch mit dem Kulturverlust, den wir überall sehen. Wir sind einerseits in der Lage, Naturschutzmaßnahmen zu ergreifen, zum anderen machen wir das krasse Gegenteil. Wir verbrauchen Ressourcen, ohne uns Grenzen zu setzen. Fliegen um die Welt, mit dem Öl z.B. aus Ghana. Doch man kann Dinge anders machen. Man kann alternative Wirtschaftsformen entwickeln. Man kann zuhören, und wenn man will verstehen, dass der Mensch unterschiedliche Strategien entwickelt hat, sein Leben zu organisieren. Aber wir alle müssen uns darüber Gedanken machen, welche Richtung wir einschlagen wollen.

Vor zwei Wochen war ich in Nordstrand. Es ging um ein kulturvergleichendes Projekt zwischen Indonesien und Deutschland. In diesem Kontext wurde darüber gesprochen, wie in den Ländern der Meeresspiegelanstieg wahrgenommen wird und ob wir es global schaffen werden, mit all seinen Auswirkungen klarzukommen. Dazu waren die Meinungen sehr geteilt. Als Ökonom muss ich sagen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir die Klimaziele erreichen werden, sehr gering ist. Der Klimawandel ist ein globales, kollektives Dilemma. Doch letztlich, ob es nun der Klimawandel ist oder der schlechte Zustand der Meere ist, wir haben gar keine andere Wahl, als es zu schaffen.

Wissen Sie, an unserem Umgang mit den Ozeanen wird letztendlich eine zentrale Frage der Sozialwissenschaften deutlich. Die Ozeane sind in weiten Teilen ein kollektives Gut, das wir gemeinsam – ich will nicht sagen besitzen, weil wir es nicht besitzen – zur Verfügung haben und mit dem wir deshalb auch gemeinsam lernen müssen umzugehen. Das ist eine große Herausforderung.

Ist die Idee von den Ozeanen als Commons geeignet um so etwas wie eine Blue Justice zu erreichen?

Ich habe ursprünglich Volkswirtschaft studiert, mit dem Schwerpunkt Umweltökonomie, und da spielen die commons eine große Rolle, genauer die Frage nach der sogenannten »strategy of the commons«. Dabei geht es um das Schaffen von Verfügungsrechten (property rights) und klaren Regeln, welche die Menschen vereinbaren, um die Ressourcen zu nutzen, zu bewahren und zu teilen. Das wird im Lehrbuch hervorragend beschrieben, aber all das hat relativ wenig mit der Realität der Menschen zu tun. Meines Erachtens ist es jedoch zentral für die marinen Sozialwissenschaften, dass das richtig verstanden wird.

In diesem Zusammenhang habe ich mich sehr viel mit dem Ansatz der Wirtschaftswissenschaftlerin Elinor Ostrom beschäftigt. Sie geht davon aus, dass ein Gemeingut kein Niemandsland ist, sondern Eigentum für die Gruppe. Für bestimmte Dinge dieser Erde, für bestimmte soziale Gegebenheiten ist diese Eigentumsform genau das Richtige. Unsere Aufgabe als Wissensschaffende ist es zusammen mit den betroffenen nach Regeln zu suchen, die eine solche Eigentumsform für nachhaltige Entwicklung möglich macht.

Mich interessiert als Sozialwissenschaftler, der in der Meeresforschung arbeitet, die Frage, ob und wie sich Küstengemeinden dezentral und partizipativ organisieren, und wie deren Gesellschaften im Inneren ticken. Wir sind an den verschiedenen Orten auf der Erde mit gänzlich anderen Kulturen mit vollkommen anderen sozialen Regeln konfrontiert, die darüber bestimmen, welche Rolle der Einzelne in seiner Gesellschaft einnimmt. Das hat große Auswirkungen darauf, wie beispielsweise Verträge ausgehandelt und Nutzungskonflikte gelöst werden oder wie die commons geteilt werden und wer das Sagen in der Gesellschaft hat.

Als Sozialwissenschaftler weiß ich zudem, dass wir vor allem besser verstehen müssen, wie Menschen zu kooperativen Lösungen kommen. Wie können Nutzungskonflikte auf lokaler Ebene für alle Beteiligten zufriedenstellend geregelt werden. Wie schaffen wir es, dass Menschen für solche Dilemmata, wie sie durch den Klimawandel oder den Ressourcenkonflikt in der Fischerei verursacht werden, Lösungsstrategien entwickeln. Aber wir müssen gar nicht so weit gehen. Wie schaffen wir es, Regeln zu vereinbaren, so dass es im Interesse der einzelnen Menschen liegt, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wie sehr spiegelt sich diese Perspektive in der Meeresforschung und den Debatten um die Meerespolitik wider?

*Ich beobachte, dass viele Naturwissenschaftler*innen mehr als früher in die Sozialwissenschaften hinein mündern und sozialwissenschaftliche Methoden benutzen. Das resultiert häufig daraus, dass der Naturwissenschaftler, der eigentlich am Schutz der Meeresumwelt interessiert ist, erkannt hat, dass wir die Menschen verstehen müssen, wenn wir den Meeresschutz effektiv organisieren wollen. Anders gesagt: Der Mensch ist der wesentliche Schlüssel, wenn wir etwas verändern wollen. Dadurch sind wir ein ganzes Stück vorangekommen, was die Bedeutung in den Meeressozialwissenschaften angeht. Im Hinblick auf die Ozean Dekade kann man sogar sagen, dass es momentan zu wenig Kapazitäten gibt, um den vielen Anfragen nachzukommen. Wir sind einfach zu wenige. Und viele Wissenschaftsbereiche sind noch gar nicht besetzt und kaum erforscht, was die Meerespolitik angeht.*

Sind die Perspektiven auf die Blue Economy, auf Meeresschutz und -forschung zu sehr vom westlichen Denken dominiert?

Erst wenn wir im Detail verstehen, wie das Handeln der Menschen aus verhaltensökonomischer Sicht zu erklären ist, warum sie das tun, was sie tun und dies wirklich in unsere Überlegungen miteinbeziehen, kommen wir zum Kern der Sache. In weiten Teilen der Forschung gehen wir nach wie vor davon aus, dass sich das Verhalten des Menschen an westlichen Werten und Einstellungen orientiert. Wie jedoch genau Ausbeutung und Umweltzerstörung zu regulieren sind, das ist letztlich nur in dem lokalen kulturellen Kontext zu verstehen. Das eine gute Programm, das eine Organisation aus dem globalen Norden nur zu implementieren braucht, um die Probleme der Welt zu lösen, das existiert nicht. Letztlich können solche Prozesse nur aus dem Inneren der Gesellschaften heraus entstehen. Das macht sie komplexer und verlangsamt sie vielleicht, doch auf der anderen Seite können wir von der Vielfalt der politischen Kulturen und Erfahrungen lernen und mit Glück einiges dann besser machen – auch hier bei uns.

Cornelia Wilß für Fair Oceans, 2021

abbau im Meer einschließlich Tiefseebergbau, Aufbau eigener industrieller Fischereiflotten. Marine Raumplanung soll gleichzeitig einen Aufschwung des Küstentourismus ermöglichen.⁴

Die Probleme von Kleinfischern werden darin nicht adressiert. Wiederum zeigt sich ein Grundmuster der Blue-Economy-Herangehensweise: Wachstumspotenziale und profitable Investments entstehen durch die Privatisierung der Commons, sowie durch eine konsequente Inwertsetzung auf Kosten der natürlichen Ressourcen.

DIE HALTUNG DER NGOS UND DER ENTWICKLUNGSORGANISATIONEN

Internationale NGOs und Entwicklungsorganisationen sind sich in ihrer Haltung zur Blue Economy unsicher. Die Positionierung reicht von fundamentaler Kritik bis zu einem positiven Aufgreifen, meistens verbunden mit dem Versuch, innerhalb der Blue Economy zwischen unterschiedlichen Branchen und Projekten zu differenzieren.

Der WWF unterscheidet zwischen »Blue Economy« und »nachhaltiger Blue Economy«.

Verschiedene Wirtschaftssektoren werden in einem Modell eines »Blue Economy Spectrum« nach ihrer Nachhaltigkeit eingeordnet: von »Green-Blue« (z.B. Blue-Carbon-Initiativen) über »Yellow-Blue« (z.B. Fischerei) bis zu »Red-Blue« (z.B. Öl- und Gasförderung, Tiefseebergbau und illegale Fischerei). Das Kriterium ist der Meeresschutz. Konflikte zwischen Schutzstrategien und den Nutzungsrechten von Kleinfischern und Küsten-Communities werden dabei nicht behandelt.⁵

Die FAO bezieht sich positiv auf die Blue Economy, versucht aber die Einhaltung der Prinzipien der Green Economy dabei anzumahnen. Hier wird die Rolle der Kleinfischerei zentral thematisiert. Die »Blue Growth Initiative« der FAO zielt auf »Blue Communities«, deren Lebensgrundlagen und Ernährungssicherheit durch nachhaltige, verbesserte Praktiken gestärkt werden soll. Die Politik der FAO richtet sich darauf, innerhalb der Blue Economy den Sektor der Fischereiwirtschaft stark zu machen.⁶

Das Transnational Institute [TNI] hat mit »The Blue Fix« eine grundsätzliche Kritik der Blue Economy vorgelegt. Gerade die Vagheit des Konzepts sei die Voraussetzung dafür, dass

sich unter seinem Label eine heterogene Koalition von Akteuren verbünde, die jeweils im Kern ihre Eigeninteressen verfolgen. Blue Economy formuliere drei zentrale »Reparaturversprechen« (fixes). Anstatt den Konflikt mit zerstörerischen Praktiken wie Öl- und Gasförderung zu suchen, werde versprochen, die Meere durch Raumplanung und Ausweisung von Meeresschutzgebieten zu retten (der »conservation fix«). Anstatt die industrielle Überfischung zu bekämpfen, werde ein neuer Wachstumsmarkt in der Aquakultur gesucht (der »protein fix«). Raumplanung priorisiere in aller Regel die Interessen der Extraktionsindustrien, denen aber gleichzeitig geholfen werden solle, den neuen Markt der alternativen Energien zu übernehmen (der »energy/extractive fix«). Die internen Widersprüche, die dem Konzept der Blue Economy zugrunde lägen, führten regelmäßig zu Konflikten mit denen, deren Rechte und Nutzungsmöglichkeiten hauptsächlich beschnitten werden, namentlich den Kleinfischern und den Küstengemeinschaften.⁷

Ozeanien-Dialog und PANG [Pazific Network on Globalisation] setzen sich in ihrem Papier »Rough Seas: Looming Dangers of the Blue Economy« vor allem kritisch mit der Wirkung des Blue-Growth-Konzepts der EU im Pazifik



auseinander. Blue Economy wird als Erzählung interpretiert, unter deren Dach im Wesentlichen eine Ausplünderung mariner Ressourcen betrieben wird. Beispiele sind das Propagieren von Tiefseebergbau, der Übergang der EU zu einer protektionistischen Handelspolitik bei Fisch, und das generelle Missverhältnis zwischen Blue Economy und dem realen umweltpolitischen Handlungsdruck, wie er etwa in den IPCC-Berichten eindringlich vorgeführt wird. Eine vorsichtige Kritik wird auch an den Versuchen geäußert, sich Blue Economy im Sinne einer Fortführung pazifischer Traditionen und Auffassungen anzueignen. Damit werde nicht die nötige Trennschärfe erreicht, um die pazifische Region vor einer verschärften marinen Industrialisierung zu schützen.⁸

Fair Oceans hatte 2017 skizziert, was Blue Economy eigentlich heißen müsste, wenn die Herleitung aus der Green Economy ernstgenommen würde. Dabei ginge es um eine nachhaltige, globale Wirtschafts- und Lebensweise, bei der vor allem die negativen ökologischen Auswirkungen land- wie seegestützter Aktivitäten auf die Meere reduziert werden. Eine solche Strategie müsse gerade auch Veränderungen an Land einleiten und eine Verlängerung nicht-nachhaltiger Wirt-

schaftsaktivitäten verhindern, die sich durch das Ausgreifen auf Meere und Küstenzonen länger am Leben erhalten wollen. Da Nutzungskonflikte auch in einem solchen Konzept nicht zu vermeiden sind, müsse prioritär auf ein Management von Meer- und Küstenzonen durch die lokale Bevölkerung gesetzt werden, und dafür international die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.⁹

Das internationale Forschungsnetzwerk »Too Big to Ignore« [TBTI] und das südafrikanische »Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies« [PLAAS] haben mit dem Begriff der »Blue Justice« ein Gegenkonzept zur Blue Economy formuliert. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern Projekte im Zeichen der Blue Economy die Zugangsrechte und Einkommensbedingungen der Kleinfischerei und der küstennahen Communities regelmäßig beschnitten haben. Eine nachhaltige Nutzung der marinen Ressourcen müsse von den Interessen derer ausgehen, deren Lebensgrundlagen am stärksten bedroht sind, und sich um die traditionellen Nutzungsformen als Kern einer erwiesenermaßen nachhaltigen Wirtschaftsweise herum ordnen, statt ausgerechnet diese Wirtschafts-

weise zugunsten extraktiver, zerstörerischer Formen zu verdrängen.¹⁰

EIN NEUANSATZ IST GEFORDERT

Insgesamt hat sich der Tenor über die letzten Jahre hin zur Enttäuschung über die Blue Economy verschoben. Die Beliebigkeit der verschiedenen Blue-Economy-Initiativen reiht sich ein in die dominierende Politik des »Anything Goes«, die mit der ersten UN Oceans Conference 2017 in New York deutlich wurde. Hier gelang es nicht, die Meerespolitik in einer verbindlichen Strategie an die Ziele des internationalen Klimaschutzabkommens anzubinden. Aufgrund der Blockadehaltung vor allem der USA wurde stattdessen eine Politik der freiwilligen Selbstverpflichtungen verabschiedet, die unfähig ist, die Ursachen der Meereszerstörung und der Vernichtung der Lebensgrundlagen, von denen vor allem die einkommensschwächeren Staaten und sozialen Gruppen der Weltbevölkerung betroffen sind, anzugehen.

2018 auf der ersten großen Konferenz der UN, die sich in Nairobi voll der Blue Economy widmete, wurde zwar das Themenspektrum



der Debatte deutlich erweitert und in »The Nairobi Statement of Intent on Advancing the Global Sustainable Blue Economy« unter anderem Inklusivität und die Bekämpfung von Armut und Hunger versprochen, aber auch im Anschluss daran waren bisher keine konkreten Veränderungen in diese Richtung zu beobachten.

Genau darum muss es aber gehen. Gefordert ist eine internationale Strategie, die verbindliche Ziele, Schritte und Maßnahmen artikuliert, um sowohl die Meere zu schützen als auch die, die am unmittelbarsten von ihnen leben. Das schließt nicht aus, dass es Raum für experimentelle Ansätze und die Entwicklung neuer Instrumente gibt. Grundlage muss aber ein strategischer Rahmen sein, der die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels mit der materiellen Sicherung der Küstenbevölkerungen verbindet.

Zweifellos besteht hierfür ein enormer Investitionsbedarf. Dieser kann aber nicht durch Marktmechanismen gedeckt werden, die weiter auf der Externalisierung von Kosten und der Einhegung von Commons beruhen. Alternative Finanzierungsinstrumente wie SIB [Social Impact Bonds] können dafür eine Rolle spielen. Insgesamt aber kann der Rahmen nur der einer staatlich organisierten, missionsorientierten Wirtschaftspolitik sein, die notwendige Transformationsprojekte definiert und im Kern auch finanziert.

Aufgrund der Unbestimmtheit des Konzepts Blue Economy lassen sich sowohl seine Zurückweisung als auch die Versuche zu einer nachhaltigen Umdeutung rechtfertigen. Die reale Dynamik, die sich in den letzten Jahren entfaltet hat, erfordert jedoch auch ein starkes Gegenkonzept. Der Begriff der Blue Justice sollte daher verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden und primär über notwendige Schritte hin zu einer gerechten, demokratischen und partizipativen Gestaltung der Meerespolitik nachgedacht werden. Dazu gehört, die Meeresstrategien sowie die marine Raumplanung entsprechend neu zu orientieren. Sie muss die Bekämpfung von Hunger und Armut und die oben genannten Punkte in den Vordergrund stellen und darf mit ihrer Raumverteilung nicht auf überholte Fortschrittsversprechen setzen, die auf fossilen Großprojekten oder der Enteignung von Gemeingütern basieren. Vielmehr gilt es zu definieren was ökonomisch gerecht ist - einschließlich der Frage wie eine sozial inklusive Meereswirtschaft aussehen kann und in welchem Umfang die Küstengemeinden von vorneherein an neuen Projekten zu beteiligen sind.

Zu fordern ist eine Meeresnutzung, die die mit allen Anspruchsgruppen ausgehandelten Schutzinitiativen letztlich auf 100 Prozent der Meeresfläche und die Einflüsse von Land ausweitet und sie nicht auf 30 Prozent beschränkt, während die anderen 70 Prozent für zerstörerische, extraktive Ausbeutungsformen geöffnet werden. Gerade mit dem Blick auf den Klimawandel und die anderen Belastungen der Ozeane ist die Aufteilung in wenige Schutzzonen und große industrialisierte Schmutzzonen keine nachhaltige »blaue« Wirtschaftsweise, sondern die Kopie jener Entwicklung der Landnutzung, die zur systematischen Überschreitung der planetaren ökologischen Grenzen geführt hat.

Für eine Blue Economy, die zukunftsweisende und zerstörerische Wirtschaftsweisen und -sektoren unterschiedslos zusammenbindet, ist die Zeit abgelaufen. Dazu trägt auch bei, dass die anfängliche Goldgräberstimmung bei vielen maritimen Projekten der Ernüchterung gewichen ist. Im Zentrum muss die Erkenntnis stehen, dass die Probleme der Meere letzten Endes nicht allein im Meer gelöst werden können, und dass die Meere keinesfalls geopfert werden dürfen, um unhaltbare Wirtschaftsweisen und Gewinnmechanismen noch länger aufrechtzuerhalten. Die notwendige Faktenbasis, um die Meere global in eine soziale und ökologische Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie einzubeziehen, liegt vor.

»NO WATER, NO LIFE. NO BLUE, NO GREEN.« SYLVIA EARLE, 2009 TED TALK

Strategien der Blue Economy könnten nur dann eine globale Lebens- und Wirtschaftsweise befördern, die eine nachhaltige Entwicklung auf den Ozeanen und in den Küstenzonen anstrebt, wenn sie

- die Auswirkungen aller menschlichen Aktivitäten (land- wie seegestützter) auf Meere und Küstenzonen ökosystemar und vorsorgend betrachten und negative Auswirkungen minimieren bzw. vermeiden, allem voran den anthropogenen Klimawandel
- den fundamentalen ökologischen Beitrag der Meere und Küstenzonen zum Klimaschutz, zum Küstenschutz und zur biologischen Produktivität, Stabilität und Diversität auf der Gesamtfläche erhalten und wiederherstellen
- den nachhaltig möglichen Beitrag der Meere und Küstenzonen zur menschlichen Ernährungssicherheit erreichen unter Bevorzugung der Kleinfischerei und der Bekämpfung illegaler und destruktiver Fischereien
- den Beitrag der Meere und Küstenzonen zur regenerativen Energieversorgung unter Berücksichtigung der umwelt- und sozialpolitischen Auswirkungen steigern
- den Tourismus am und auf dem Meer zu einem ökonomischen Gewinn für die lokalen Bevölkerungen machen und ihn ökologisch sinnvoll gestalten, so dass er sich nachhaltig entwickelt ohne die Küstengemeinden und -ökosysteme zu schädigen
- die maritime Raumplanung sozial inklusiv, transparent und partizipativ anlegen, ohne das Ocean Grabbing voranzutreiben und traditionelle Rechte zu missachten
- die Schadstoffeinträge und den fossilen Treibstoffverbrauch der Seefahrt drastisch vermindern sowie durch den Aufbau einer nachhaltigen, an die Küstenökosysteme angepassten, maritimen Verkehrsinfrastruktur im globalen Süden einen Beitrag zu einem gerechteren Welthandel leisten
- auf die Entnahme nicht-erneuerbarer Ressourcen aus Meeren und Küstenzonen verzichten (insbesondere die Entnahme fossiler und mineralischer Ressourcen)
- prioritär auf ein Management von Meer- und Küstenzonen durch die lokale Bevölkerung setzen, dafür demokratische, transparente und nicht-diskriminierende Verfahren sicherstellen und kollektiv die erforderlichen Mittel bereitstellen
- ausschließen, dass die Meere und Küstenzonen zur Verlängerung nicht-nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten und Lebensmuster genutzt werden, und so zur Untergrabung notwendiger Übergänge beitragen (zu Kreislaufwirtschaft, nicht-fossiler Energie, nachhaltigem Konsum),
- einen freien Zugang zu den Ozeanen und Meeren als Gemeingut sicherstellen und eine Idee von Blue Justice entwickeln
- die Menschenrechte auf See durchzusetzen helfen und kulturelle Vielfalt achten und bewahren
- entwicklungs- und genderpolitische Standards in maritimen Projekten verankern
- konsequente Handlungsanforderungen an die Aktivitäten an Land zum Schutz der Ozeane formulieren

Eine solche Blue Economy ist tendenziell konservativ: Sie bürdet den Meeren und Küstenzonen nicht die Erwartung auf, die Widersprüche der gegenwärtigen Übergänge durch spektakuläre Neuentwicklungen und Kunstgriffe lösen zu können.



Anmerkungen

- 1: Timothy Walker: Securing a sustainable oceans economy. South Africa's approach, ISS Southern Africa Reports, 2018
- 2: IntKom und Brot für die Welt: Solwara 1. Bergbau am Meeresboden vor Papua-Neuguinea, 2018
- 3: CAPE und CFFA: Meet Bond ... Blue Bond. Saving your fish or bankrupting the oceans? CFFA Working Paper 2018
- 4: African Union: Africa Blue Economy Strategy, 2019
- 5: Catherine Pianté / WWF France: The Strategic Meaning of Blue Economy, 2015
- 6: FAO: Achieving Blue Growth. Building vibrant fisheries and aquaculture communities, 2018
- 7: TNI: The Blue Fix. Unmasking the politics behind the promise of blue growth, 2018
- 8: Ozeanien-Dialog und PANG: Rough Seas. Looming Dangers of the Blue Economy, 2019
- 9: Fair Oceans: Blue Economy. Zwischen Meeresgovernance, Entwicklungsversprechen und Ressourcenausbeutung, 2016
- 10: Moenieba Isaacs: Blue Justice for Small-Scale Fisheries, PLAAS 2019; Jentoft/Chuenpagdee/Said/Isaacs: Blue Justice, MARE, i.V. (2022)

HERAUSGEBER

VEREIN FÜR INTERNATIONALISMUS UND KOMMUNIKATION E.V.
KAI KASCHINSKI UND CHRISTOPH SPEHR (VORSTAND)
BERNHARDSTRASSE 12 - 28203 BREMEN
E-MAIL: VEREIN.INTKOM@GMX.DE

ALLEIN DER HERAUSGEBER IST VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT



GERICHTSSITZ

AMTSGERICHT BREMEN - REGISTERNR.: VR 55 59

REDAKTIONSANSCHRIFT

FAIR OCEANS
BERNHARDSTRASSE 12 - 28203 BREMEN
E-MAIL: CONTACT@FAIR-OCEANS.INFO

PRODUKTIONSTEAM

REDAKTION: KAI KASCHINSKI UND CHRISTOPH SPEHR
TEXT: CHRISTOPH SPEHR
FOTOS: HARRY LOGES ; GRANT DURR - UNSPLASH (10);
CHRISTIANE FÖLLINGER (16)
GESTALTUNG: HARRY LOGES
DRUCK: DRUCKVERMITTLUNG MANFRED BÖGERSHAUSEN
IN KOOPERATION MIT TRAGESER GMBH

RECHTE

V.I.S.D.P.: KAI KASCHINSKI
DAS COPYRIGHT LIEGT FÜR
♦ TEXTE UND BILDER BEI DEN PRODUZENTINNEN
♦ DIE PUBLIKATION INSGESAMT BEIM HERAUSGEBER

AUSGABE

ERSCHEINUNGSJAHR: 2021
AUFLAGE: 2.000
ISSN: 1436-3100

BEZUGSBEDINGUNGEN

BESTELLUNGEN BITTE AN DIE REDAKTION RICHTEN
DIE PUBLIKATION IST KOSTENLOS

BANKVERBINDUNG

INHABER: VEREIN FÜR INTERNATIONALISMUS UND KOMMUNIKATION
INSTITUT: POSTBANK HAMBURG
BLZ: 200 100 20 ♦ KONTO: 66 69 209
IBAN: DE 89 200 100 20 000 66 69 209
BIC: PB NK DE FF

FINANZBEHÖRDE

FINANZAMT BREMEN ♦ StNr.: 60/145/06541

FAIR OCEANS

DER VEREIN UNTERSTÜTZT SEIT 1998 DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
BILDUNGS- UND INFORMATIONSARBEIT UND KONZENTRIERT SICH
SEIT 2009 MIT SEINEM ARBEITSSCHWERPUNKT FAIR OCEANS AUF
DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DIMENSION DER MEERESPOLITIK.

GERNE STEHT FAIR OCEANS FÜR INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN,
DISKUSSIONSRUNDEN UND CAPACITY BILDUNG UNTER DEN
FOLGENDEN KONTAKTDATEN ZUR VERFÜGUNG:

FAIR OCEANS
FON: +49-152-295 170 04
E-MAIL: CONTACT@FAIR-OCEANS.INFO
WEB: WWW.FAIR-OCEANS.INFO



FÖRDERHINWEIS

DIE PUBLIKATION DES VEREINS FÜR INTERNATIONALISMUS
UND KOMMUNIKATION E.V. WIRD GEFÖRDERT DURCH
ENGAGEMENT GLOBAL MIT MITTELN DES



UND
GEFÖRDERT DURCH BINGO! DIE UMWELTLOTTERIE UND DURCH DIE
SENATORIN FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, MOBILITÄT, STADTENT-
WICKLUNG UND WOHNUNGSBAU DER FREIEN HANSESTADT BREMEN



UND

SOWIE
AUS EIGENMITTELN DES VEREINS



FINANZIERT.

FÜR DEN INHALT DIESER PUBLIKATION IST ALLEIN DER VEREIN FÜR
INTERNATIONALISMUS UND KOMMUNIKATION E.V. VERANTWORTLICH;
DIE HIER DARGESTELLTEN POSITIONEN GEBEN NICHT DEN
STANDPUNKT VON ENGAGEMENT GLOBAL GMBH UND DEM
BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT
UND ENTWICKLUNG WIEDER;
SO WIE SIE AUCH NICHT DEN STANDPUNKT
ANDERER FÖRDERER WIEDERGEHEN.



***Fair Oceans
für die Weltmeere
als gemeinsames Erbe der Menschheit
und ihre nachhaltige Nutzung***